

Berliner Morgenpost

Adresse dieses Artikels: <https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article225875157/Nachverdichtung-in-Hoefen-der-Gesobau-wird-neu-verhandelt.html>

AUCH INTERESSANT

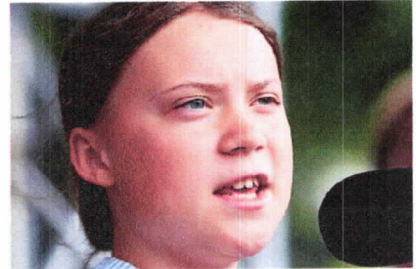
empfohlen von

ANZEIGE



BERLIN

"Waaaaahnsinn": Union feiert Aufstiegs-Party mit Bootstour



POLITIK

Greta Thunberg: Ein Jahr keine Schule - für Klimaaktivismus

EDITOR CHOICE

Würden Sie die gefährlichsten Straßen der Welt befahren?

Pankow

STADTENTWICKLUNG

Nachverdichtung in Höfen der Gesobau wird neu verhandelt +++

Die Initiative „Grüner Kiez Pankow“ will „undemokratisches Verfahren“ zum Bau von 170 Wohnungen stoppen.

01.06.2019, 06:00



Die Aktivisten der Gruppe "Grüner Kiez" fordern eine Kehrtwende im Fall der Kavaliertstraße.

Foto: Thomas Schubert

Berlin. Ein Eichhörnchen namens „Flitzi“ verkörpert alles, worum es der Initiative „Grüner Kiez Pankow“ geht. Mit diesem Maskottchen, entworfen von einem befreundeten Künstler, kämpft die neue Gruppierung gegen den Verlust von Freiflächen in den luftigen Höfen einer Nachkriegswohnanlage zwischen Ossietzky- und Kavaliertstraße. Ein Ort, an dem für scheue Eichhörnchen kein Platz mehr bliebe, wenn es nach den Plänen der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Gesobau geht.

Sie will die Höfe mit mehreren Baukörpern und bis zu 170 Wohnungen nachverdichten und die Hälfte davon mit geförderten Mieten ab 6,50 Euro auf den Markt bringen. Ein Vorhaben, das in der Bezirkspolitik Zustimmung fand. Jedenfalls bis zur Gründung der Initiative.

Linke stellt sich auf die Seite der Aktivisten

Mit mehreren Protestaktionen haben Julia Dimitroff, Jörg Weber und ihre Verbündeten eine Kampagne in Gang gebracht, die das Verdichtungsprojekt zumindest verzögert. Einen Bürgerantrag, das „undemokratische Verfahren“ völlig neu aufzurollen, hat die Fraktion der Linken, die stärkste Kraft in der Bezirksverordnetenversammlung, übernommen. „Wir wurden schlicht überrumpelt. Unsere Einwände wurden nicht gehört“, gab Anwohnerin Julia Dimitroff bei ihrer Rede vor den Fraktionen zu bedenken.

Zweiter Kritikpunkt: Eine Verpflichtung, neue Schul-, Kita-, und Parkplätze zu schaffen, besteht in diesem Fall nicht. „So viele neue Nachbarn brauchen aber Schulen, medizinische Versorgung, Luft und Licht“, warnt Mitstreiter Jörg Weber.

Bald wird zum Bürgerantrag im Ausschuss für Stadtentwicklung debattiert.

Baustadtrat Vollrad Kuhn (Grüne) sieht allerdings nur wenig Verhandlungsspielraum. „Wir müssen dort bauen, wo es einfach ist, Wohnraum zu schaffen“, mahnt Kuhn. Baurechtlich sei das bisherige Verfahren einwandfrei.

(tsc)